

Inhalt

1. Neoliberalismus, Illiberalismus und die Große Transformation nach Karl Polanyi	7
2. Den Frieden verloren. Die USA nach dem Kalten Krieg	43
3. Der Preis der Einheit. Die Transformation der Bundesrepublik nach 1989	73
4. La Crisi. Der Abstieg Italiens als Menetekel Europas	97
5. Der Westen, Russland und die Türkei: Geschichte einer Entfremdung	130
6. Nachwort: Die polanyische Pendelbewegung nach rechts	165
<i>Anmerkungen</i>	181
<i>Dank</i>	199

I. Neoliberalismus, Illiberalismus und die Große Transformation nach Karl Polanyi

Unter amerikanischen Psychologen und Psychotherapeuten kursiert ein neues Krankheitsbild. Es heißt »Trump Anxiety Disorder«, die Symptome umfassen »Paranoia, Hypervigilanz, Angstzustände, Intrusionen, Depressionen, somatische Beschwerden, Konzentrationsstörungen, Schlafprobleme und Alpträume«. Die ersten verstörten Patienten erschienen nach dem Wahltag im November 2016 in den Praxen, seitdem hat sich das Krankheitsbild verfestigt. Im Sommer 2018 gab die Zeitschrift *Psychology Today* Empfehlungen für den Umgang mit der »Trump Anxiety Disorder«: Die Psychotherapeuten sollen mit ihren Patienten über ihre Ängste und generell über Politik reden und dabei versuchen, deren Bedeutung für das persönliche Wohlbefinden zu relativieren.¹

Ich bin mir nicht sicher, ob noch mehr Diskussionen über Trump die Lösung des Problems oder ein Teil der Misere sind. Mich verfolgt er jeden Morgen, wenn ich aufstehe und im Bad und der Küche das Radio einschalte. Ich höre eine der New Yorker Public-Radio-Stationen, die ähnlich wie die öffentlich-rechtlichen Spartenprogramme in Europa fundierte Nachrichten und eine gute Musikauswahl bieten. Gefühlt befasst sich jeder zweite Beitrag mit den neuesten Tweets, Behauptungen und Aktionen des Präsidenten sowie den Reaktionen der Opposition. Die Printmedien sind ebenso auf Trump fixiert. Als wir im August 2018 für ein Jahr nach New York ziehen, leiste ich mir den Traum meiner Studententage, für den mir Anfang der Neunziger das Geld gefehlt hatte, ein Abonnement der *New York Times*. Heutzutage bekommt man zur Printausgabe die elektronische Version dazu, die vom Verlag mit einer Push-Funktion ausgestattet ist:

Bei jeder Eilmeldung brummt und blinkt das Smartphone, was mir morgens am Frühstückstisch missbilligende Blicke meiner Familie einbringt. Als pädagogisch weitsichtige, in den Augen unserer Kinder vermutlich übergriffige Eltern haben wir bei Tisch die Benutzung von Smartphones untersagt, damit wir nicht ständig auf die Displays starren wie grob geschätzt die Hälfte aller amerikanischen Restaurantgäste und damit wir als Familie noch miteinander kommunizieren.

Nach zwei Monaten Trump-Brummens und -Blinkens habe ich die Push-Funktion entnervt abgeschaltet. In einem Selbstversuch habe ich dann begonnen, das Phänomen Trump von der Seite seiner Anhänger zu betrachten und daher Fox News geschaut. Doch das wirkt auf meinen Seelenzustand ähnlich wie die dreißig Tage Fast Food, denen sich der Regisseur Morgan Spurlock 2004 in seinem Film *Super Size Me* bei McDonald's unterzog. Man bekommt unzählige Interviews und Nachrichten mit darunter blinkenden Bannern serviert, aber das aufgeregte Infotainment schlägt schnell auf den Magen. Wahrscheinlich empfinden das die Fans von Donald Trump genauso, denn bei Fox News und in den republikanischen Social-Media-Foren geht es ständig um Krisen und Gefahren, verursacht von angeblichen Horden illegaler Migranten, gegen die der tatkräftige und patriotische Präsident leider so wenig machen kann, weil ihn die linksliberalen Eliten daran hindern und weil die Justiz und das FBI ihn sekkieren. An diesen Unsinn und an Trump glauben laut Umfragen immer noch mehr als vierzig Prozent der Amerikaner. So versinkt ein ganzes Land in schlechter Laune, die einen, weil sie die politischen Verhältnisse nicht mehr ertragen können, die anderen, weil sich an den behaupteten und tatsächlichen Missständen nichts ändert.

Meist ist die Haltbarkeit und Bedeutung der frei Haus und Handy gelieferten Nachrichten sowieso gering. Ob Trump

Mexiko mit Strafzöllen erpresst, damit der südliche Nachbarstaat Migranten vor der Grenze abfängt, seinen Kalten Krieg mit China führt oder seinen allerbesten Freund Kim Jong-un abwechselnd umschmeichelt und bedroht – in der Regel geht es gar nicht um die Sache, sondern nur darum, Themen zu besetzen und das eigene Image zu pflegen. Es reicht, die Neuigkeiten am nächsten Tag gedruckt zu lesen oder einfach ein paar Wochen oder Monate zu warten, bis der nächste geniale Deal vereinbart ist oder eben nicht, weil es den Parteistrategen aussichtsreicher erscheint, einen Konflikt am Köcheln zu halten, anstatt ihn zu lösen. Aber sind partielle Medienabstinenz und der Rückzug ins Privatleben – ein postmodernes Biedermeier – eine sinnvolle Lösung? Ist die Demobilisierung der Opposition und des politischen Mainstreams, die angewiderte Abwendung von der Politik nicht genau das Ziel von Trump und anderen Rechtspopulisten? Mir erschien es als die beste Lösung, einmal innezuhalten und darüber nachzudenken, wie es dazu kommen konnte, dass die älteste westliche Demokratie von jemand regiert wird, der in seinen Tweets täglich Unwahrheiten, Eitelkeiten und Beleidigungen von sich gibt. Verdankt er seinen Erfolg sich selbst oder der Schwäche der politischen Konkurrenz? Ich habe keine rasche Antwort auf diese Frage parat, doch ich denke, dass es produktiver ist, vor der eigenen politischen Haustür zu kehren, als mit dem Finger auf die sogenannten Rechtspopulisten zu zeigen, die sich über derartige Aufmerksamkeit letztlich nur freuen.

Das Nachdenken über die Schwäche der Linken und der Liberalen führt mich in meine eigene Vergangenheit, in die neunziger Jahre, als ich zweimal ein Jahr in den Vereinigten Staaten verbrachte, zuerst 1992/93 als Fulbright-Student in der Hauptstadt Washington, D. C., anschließend 1997/98 als Postdoc in Boston. Im zweiten Essay dieses Buches geht es

vor allem um diese Zeit, als die USA wirtschaftlich, politisch und militärisch noch die Hegemonie über einen Großteil der Welt innehatten und in vielen Bereichen als Vorbild wahrgenommen wurden. Es galt damals als »cool«, in den USA zu studieren oder zu arbeiten. Hinter der Fassade des Booms zeichneten sich allerdings wachsende soziale und politische Probleme ab, auf die viele der Verwerfungen seit 2016 zurückgehen. Darum soll es hier gehen – und wie gesagt stets unter dem Motto des Kehrens vor der eigenen Haustür.

Mein Stipendium an der Georgetown University und der spätere Job an der Harvard University beruhten auch auf einer biografischen Besonderheit. 1989 erlebte ich aufgrund familiärer Beziehungen einen Teil der Samtenen Revolution in der Tschechoslowakei mit. Das machte offenbar die Georgetown University neugierig, die damals wie heute sehr am östlichen Europa interessiert war. Ich frage mich daher auch als 89er, was zum Annus horribilis von 2016 führte, als die Engländer mehrheitlich für den Brexit votierten, die Amerikaner ihren gegenwärtigen Präsidenten wählten (seinen Namen nicht zu nennen, hilft manchmal auch schon, um keine schlechte Laune zu bekommen) und als Schlusspunkt die Italiener im Verfassungsreferendum gegen den bislang letzten umfassenden Versuch stimmten, ihren maroden Staat zu reformieren. Die politische Misere Italiens und der präzedenzlose wirtschaftliche Abstieg eines entwickelten Industrielandes, der wie ein Menetekel über der EU und der Eurozone schwebt, sind das Thema eines weiteren Beitrags.

Anfang der neunziger Jahre war es noch Deutschland, das in der EU regelmäßig den letzten Platz in den Statistiken zum Wirtschaftswachstum belegte. In meinem dritten Essay gehe ich den Gründen für diese »Einheitskrise« nach, die ich ebenfalls aus nächster Nähe miterlebte, denn nach meinem

ersten Aufenthalt in den USA zog ich 1994 nach Berlin und war dann für meine Dissertation über die Flüchtlingsintegration in Ostdeutschland und Polen in sehr vielen Landes- und Kreisarchiven der ehemaligen DDR unterwegs. Ende der Neunziger schien die Bundesrepublik in einem Teufelskreislauf aus steigenden Arbeitslosenzahlen, Staatsschulden und Steuern sowie schwachem Wirtschaftswachstum gefangen, der dann zu den rot-grünen Sozial- und Arbeitsmarktreformen führte.

Der Terminus »Einheitskrise« hat einen tieferen Sinn, denn er verweist statt auf die DDR, der in den Neunzigern reflexhaft die Schuld an allen möglichen Problemen zugeschoben wurde, auf die Fehler und unbeabsichtigten Nebenwirkungen bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Vielleicht ist das 30. Jubiläum des Mauerfalls eine gute Gelegenheit, eine kritische Debatte anzuregen, die bislang weitgehend ausgeblieben ist. Das lag daran, dass andere Themen die Aufmerksamkeit absorbierten, zunächst die Hartz-Reformen, bald darauf die große Krise von 2008/09, einige Jahre später die von Deutschland mitverursachte Eurokrise und schließlich die Aufnahme von mehr als einer Million Flüchtlingen. Der in der letzten Dekade wieder wachsende Wohlstand hat dazu beigetragen, dass die Probleme der neunziger Jahre in den Hintergrund gerückt sind. Doch die Wahlerfolge der AfD in Ostdeutschland und im wohlhabenden Süden der Bundesrepublik haben den Bedarf für kritische Debatten offenkundig gemacht.

Wenn ich als Historiker über vergangene Fehler schreibe und spreche, bekomme ich oft die Frage gestellt, ob es denn Alternativen dazu gegeben hätte. Der Verlauf der Geschichte spricht implizit dagegen, daher neigen Historiker aller Richtungen, keineswegs nur Marxisten, zu der Ansicht, dass es kam, wie es kommen musste. Es ist schwer, gegen die Kraft

des Faktischen anzuschreiben, das gilt insbesondere für die Periode nach 1989, als Reformen oft als »alternativlos« präsentiert wurden.

Trotz des scheinbar unausweichlichen Laufs der Geschichte beharre ich hier auf meinem Credo, dass diese grundsätzlich offen ist und langfristige Entwicklungen auch von Konstellationen und Kontingenzen, vulgo Zufällen, abhängen. Man kann dies anhand von Einzelereignissen erkennen, etwa der glücklichen Fügung, dass im Herbst 1989 die Regierungen der DDR oder der Tschechoslowakei keinen Schießbefehl erteilten, obwohl die jeweiligen Hardliner in den Parteiapparaten das verlangten. Wie der New Yorker Wirtschafts- und Sozialhistoriker Adam Tooze gezeigt hat, endete die Finanzkrise von 2008/09 nicht wie die Weltwirtschaftskrise von 1929, weil nach der Pleite von Lehman Brothers das Finanzministerium in Washington und die amerikanische Zentralbank den finanziellen Flächenbrand mit präzedenzlosen staatlichen Interventionen löschten.² Gerade noch einmal gut gegangen – kann man auf der Basis seines Buches sagen. Doch der enge Verbund zwischen den politischen und finanziellen Eliten lieferte den radikalen Republikanern der »Tea Party«-Bewegung und Donald Trump Munition für die Wahlkampagne von 2016. Sein Sieg beruhte auf einer Verkettung negativer Umstände. Der Rechtspopulist hätte kaum gewonnen, wenn bei den Republikanern überzeugendere Gegenkandidaten angetreten wären und die Demokraten nicht so einen miserablen Wahlkampf geführt hätten. Dennoch war die Präsidentschaftswahl von 2016 kein Unfall der Geschichte, wie man anhand der republikanischen Mehrheiten im Senat und Abgeordnetenhaus erkennen kann, sondern der Endpunkt längerer Entwicklungen.

Auf all diese Schlüsselmomente der Zeitgeschichte wirkten langfristige Ursachen, Rahmenbedingungen und Struk-

turen ein. Es ist für Historiker leichter, diese in weiter zurückliegenden Epochen zu erkennen, wenn der zeitliche Abstand einen distanzierten Blick ermöglicht. Dennoch ist es nicht verfrüht zu sagen, dass spätestens mit dem Annus horribilis von 2016 eine Ära endete, in der nach dem bekannten Aufsatz von Francis Fukuyama nur ein bestimmtes Ende der Geschichte vorstellbar erschien, eine Kombination aus schrankenlos freier Marktwirtschaft und liberaler Demokratie.

Dieses doppelte Telos bestimmte auch den Horizont der sogenannten »Transitology«, die sich mit der Transformation des postkommunistischen Europa sowie vergleichend mit anderen Teilen der Welt, vor allem Lateinamerika, befasste. Dreißig Jahre später zeigt sich mit Blick auf China, Russland und innerhalb der EU auf Ungarn, dass der Kapitalismus offenbar auch ohne Demokratie oder nur mit einer demokratischen Fassade funktionieren kann. Welche Rückwirkungen hat das auf die Gesellschaften, die man vor nicht allzu langer Zeit als »den Westen« zusammengefasst hat?

Ist der Grund für die viel diskutierte Krise der Demokratie eher die Systemkonkurrenz von außen, durch die erwähnten autoritären Regimes und Diktaturen? Oder sind die inneren Zerfallserscheinungen das größere Problem? Die verbreitete Verunsicherung und Ratlosigkeit sowie die wachsende Macht von Autokraten und von gewählten Politikern, die das gerne werden würden, haben mich dazu motiviert, die folgenden Essays und Analysen zu schreiben. Es ist selbstverständlich nicht das erste Buch zu diesem Themengebiet; die amerikanischen und europäischen Buchläden sind seit 2016 voll mit Titeln über den Rechtspopulismus und die Krise der liberalen Demokratie, ebenso Fachzeitschriften, Publikumsjournale und die sozialen Medien. Vielleicht ist die Vielzahl an Publikationen sogar eine Form des akademischen Populismus. Mit dem Begriff des Rechtspopulismus

wird in der Politikwissenschaft häufig eine *Form* der Politik bezeichnet; darauf werde ich im Text über die USA und dann insbesondere im Essay über Italien anhand des Berlusconiismus näher eingehen. Als Historiker mit einer Spezialisierung auf den modernen Nationalismus stechen mir jedoch umso stärker die ideologischen *Inhalte* in die Augen, die mir aus früheren Epochen bekannt sind: ein ethnisch definierter, exklusiver und xenophober Rechtsnationalismus.³ Die Tatsache, dass Rechtspopulisten in so vielen Ländern regieren oder mitregieren, deutet darauf hin, dass es in Ost und West neben jeweils spezifischen auch gemeinsame Ursachen geben muss. Ich befasse mich in diesem Buch mit den USA, dem vereinigten Deutschland, Italien, Russland und der Türkei. Sofern es inhaltlich weiterführt, gehe ich außerdem auf Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn ein. Dieses weite Spektrum ist deshalb sinnvoll, weil die »große Transformation« nach 1989 nicht nur den ehemaligen Ostblock, sondern auch den Westen veränderte. Die einzelnen Essays drehen sich außerdem um epochale Begriffe, Entwicklungen und historische Akteure wie die Idee der Schocktherapie, die reformorientierte Sozialdemokratie und die westliche Hybris nach dem Ende des Kalten Krieges.

Kausale Erklärungen sind eine große und manchmal unlösbare Herausforderung. Der Sinn der Geschichtswissenschaft liegt nicht darin, ex post historische Entwicklungen zu rationalisieren oder es mit der sprichwörtlichen »wisdom of hindsight« im Nachhinein besser wissen zu wollen. Daher stelle ich hier erst einmal nur Fragen: Inwieweit ist der Neoliberalismus (auf dessen Geschichte und Charakteristika ich gleich näher eingehe), der als Idee zunächst auf Demokratien bezogen war, für deren Verfall verantwortlich zu machen? Gibt es eine Kontinuität vom Neoliberalismus zum Illiberalismus oder sogar eine ursächliche Verbindung? Ist

diese Entwicklung neu oder zeichnete sie sich schon viel früher ab, ist sie das Resultat eines Schocks, der großen Krise von 2008/09, oder liegen ihre Ursachen tiefer, sowohl zeitlich als auch strukturell?

*Die alte und immer wieder neue Aktualität
von Polanyi*

Meine Ratlosigkeit über die jüngsten politischen Veränderungen ging zurück, als ich einem weiteren Credo folgte, das ich immer wieder an meine Studenten weitergebe: Man soll nicht nur aktuelle, sondern auch ältere Geschichtsbücher lesen. Im vergangenen Winter stöberte ich durch den legendären Buchladen Strands am Broadway in Manhattan. Dort fiel mir in den unendlichen Regalmeter für gebrauchte Bücher ein Klassiker in die Hände, den ich während des Studiums gelesen hatte und der von Kritikern der postkommunistischen Transformation und des globalisierten Kapitalismus immer wieder aufgegriffen worden ist: *The Great Transformation* von Karl Polanyi. Das Buch erschien 1944, vor genau 75 Jahren, in New York und wurde vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren breit rezipiert. Das hing mit der Erinnerung an den Börsencrash von 1929, der dadurch ausgelösten Weltwirtschaftskrise und dem Fortwirken des New Deal zusammen. Zu Polanyis Lebzeiten – er starb 1964 in den USA – betrachteten die Amerikaner den »Laissez-faire-Kapitalismus« überwiegend als überholtes Modell. Sogar Anhänger des Neoliberalismus wie Milton Friedman sprachen sich in den fünfziger Jahren für eine begrenzte Regulierung des Markts und eine strenge Gesetzgebung gegen Kartelle und Monopolisten aus (die seit den späten Neunzigern völlig vernachlässigt wurde, mehr dazu im Essay über die

USA nach dem Kalten Krieg).⁴ Es entsprach dem Mehrheitswillen der Gesellschaft, den freien Markt zu bändigen und einen »eingebetteten« Kapitalismus zu schaffen, wie Polanyi es bildhaft formulierte. Die letzte US-Neuausgabe seines Buches erschien 2001, als es wegen des Börsencrashes nach der Dotcom-Krise und den Auswüchsen des Neoliberalismus erneut in die Zeit passte.

Polanyi stammte aus Budapest, emigrierte wegen der Kommunisten- und Judenhatz nach der konservativen Gegenrevolution in Ungarn nach Wien und wanderte von dort 1934 aus politischen Gründen nach England aus. Er ging als Gastprofessor in die USA und lehrte nach dem Zweiten Weltkrieg an der Columbia University in New York.⁵ Unter Politikwissenschaftlern gilt *The Great Transformation* als Klassiker, insbesondere bei der Forschungsrichtung, die unter dem englischen Label »Varieties of Capitalism« firmiert. Ich bitte daher um Nachsicht, wenn ich Lebensdaten und Einsichten Polanyis wiederhole, die manchen Lesern bekannt sein dürften. Unter Historikern ist sein Buch wenig verbreitet, obwohl Polanyi mit Quellen und Literatur aus der Frühen Neuzeit und dem 19. Jahrhundert arbeitete. Neben seinem Schwerpunkt auf der historischen Soziologie war Polanyi studierter Jurist und Ökonom, kurzum ein universell gebildeter Gelehrter.

Seiner Weltanschauung und Methodik nach war Polanyi ein revisionistischer Marxist.⁶ Er konzentrierte sich daher auf die Analyse der ökonomischen Verwerfungen, die seiner Ansicht nach zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, der Weltwirtschaftskrise und zum Faschismus geführt hatten. Im Unterschied zur klassischen marxistischen Interpretation der Geschichte und manchen Liberalen und Neokonservativen, die rund um das Jahr 1989 ihre kürzer gedachten Thesen verbreiteten, war Polanyi kein Determinist. Es gab für ihn

kein Telos der Geschichte, etwa in Gestalt einer proletarischen Weltrevolution. Für ihn ergab sich die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Englands (das in seinem Buch im Vordergrund steht) und des Westens vor allem aus einer Dialektik zwischen dem Prinzip des freien Markts und dem Schutzbedürfnis der Gesellschaft. Polanyi zufolge hatten der Laissez-faire-Kapitalismus und die Globalisierung des 19. Jahrhunderts Millionen Menschen ins Elend gestürzt. Er meinte damit nicht unbedingt Hunger und materiell messbare Not, sondern den Zusammenbruch sozialer Gemeinschaften und ihrer Wertesysteme. Wer ab den neunziger Jahren im ehemaligen Ostblock, in den kleineren Städten der nordenglischen Industrieviere oder dem Rust Belt der USA unterwegs war, bekommt eine Ahnung davon, was Polanyi meinte und wie aktuell er heute immer noch ist.

Als Gegenreaktion auf den globalisierten freien Markt kamen nach Polanyi im Lauf des 19. Jahrhunderts die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften auf. Das beeinflusste die Regierungen, die mit einem zunehmenden Interventionismus und Protektionismus reagierten. Den Nationalismus und den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vermochte er weniger gut zu erklären. Letzteren führte er auf »die Auflösung des Systems der Weltwirtschaft nach 1900« und das zerbrochene Gleichgewicht der Mächte zurück.⁷ Hier könnte man mit Polanyis Zeitgenossen Joseph Schumpeter und meinem ersten akademischen Lehrer Thomas Nipperdey stärker betonen, dass die internationalen Konzerne versuchten, den Weltenbrand zu verhindern, weil sie um ihre Geschäfte fürchteten.

Polanyi zufolge kehrten die Gewinner und Verlierer des Krieges in der Zwischenkriegszeit zum früheren Freihandelsregime und dem Goldstandard im internationalen Währungssystem zurück. Darauf seien jedoch die Great Depres-

sion und der endgültige Zusammenbruch des liberalen Weltwirtschaftssystems in den dreißiger Jahren gefolgt. Den Faschismus sah Polanyi als Resultat des »Marktsystems« und der unauflösbaren Konflikte zwischen Kapitalismus und Demokratie an. Diese Interpretation klingt bekannt, man kann sie so ähnlich bei anderen Marxisten, auch sowjetischer Prägung, lesen. Polanyi lehnte den Materialismus der traditionellen Marxisten jedoch explizit ab. Er sah das Hauptproblem in der Entwurzelung und der Zerstörung sozialer Gemeinschaften, dem Gefühl vieler Menschen, den Anforderungen der Wirtschaft nicht mehr gewachsen zu sein. Diese anthropologische Dimension, die Ausrichtung auf menschliche Grundbedürfnisse, hat dazu beigetragen, dass sein Hauptwerk zu einem Klassiker wurde. Viel rezipiert wurde außerdem Polanyis These einer Doppel- oder Pendelbewegung (*double movement*) zwischen dem Prinzip des sich selbst regulierenden freien Markts und dem »sozialen Schutzbedürfnis« der Gesellschaft. Allerdings kann dieses polanyische Pendel, sobald es sich in Richtung Schutz bewegt, in zwei Richtungen ausschlagen: nach links mit dem Endpunkt des demokratischen Sozialismus oder nach rechts zum Faschismus.⁸

Es ist nicht bekannt, inwieweit die bestimmenden Politiker der frühen Nachkriegszeit Polanyi gelesen haben. Jedenfalls bewegte sich das Pendel nach dem Zweiten Weltkrieg überall im Westen in Richtung Sozialstaat und einer stärkeren Regulierung der Wirtschaft. Sogar die USA und Großbritannien, die als die global führenden Wirtschaftsmächte bis dahin am meisten vom freien Austausch von Waren und Kapital profitiert hatten, bauten komplexe und kostspielige Sozialsysteme auf. Das lag zum einen in der Tradition des New Deal,⁹ zum anderen am überwältigenden Wahlsieg der Labour Party von 1945.

In Westdeutschland und den Gründerstaaten der EG spielte außerdem die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West eine wichtige Rolle. Um der Propaganda des Ostblocks über den ausbeuterischen Kapitalismus zu begegnen und die Wahlerfolge der Kommunisten in Ländern wie Frankreich und Italien einzudämmen, setzte sich das Modell des »eingebetteten Kapitalismus« durch. Für diese Einbettung stand nicht zuletzt die EG, die nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft war, sondern nach und nach auch versuchte, soziale Mindeststandards zu sichern.

Die von Polanyi geforderte Einbettung des Kapitalismus wurde in der Nachkriegszeit auf globaler Ebene durch das Bretton-Woods-System flankiert. Es regulierte die internationalen Wechselkurse und Kapitalströme mit dem US-Dollar als Ankerwährung. Zusammen mit dem niedrigen Wechselkurs der DM begünstigte dies das deutsche Wirtschaftswunder und die »Trente Glorieuses« in der gesamten EG (bzw. der EWG). Die postkommunistischen Staaten mussten ihre Marktwirtschaften nach 1989 unter weniger geschützten Rahmenbedingungen aufbauen. Allerdings brach das Bretton-Woods-System 1973 zusammen, weil der hohe Dollarkurs wegen der amerikanischen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite sowie der steigenden Inflation, die wiederum mit den Kosten für den Vietnamkrieg zusammenhingen, nicht mehr haltbar war. Dies und die bald folgende Ölkrise brachten den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme zum Stillstand, und es kam zu ersten Sparmaßnahmen. Außerdem wuchsen die Zweifel an der Steuerungsfähigkeit des Staates, am Keynesianismus sowie seitens der Unternehmen die Kritik an den steigenden Steuerlasten.

Die globale Hegemonie des Neoliberalismus

Mit der »Stagflation«, der Kombination aus geringem Wachstum und hoher Inflation, schlug die Stunde der neoliberalen Ökonomen. 1980 stieg Milton Friedman, der Kopf der Chicago School of Economics, zum wichtigsten wirtschaftspolitischen Berater von Ronald Reagan auf. Das europäische Gegenstück zu den Reagonomics war der Thatcherismus, wobei die Eiserne Lady erst nach ihrem zweiten Wahlsieg auf eine radikal marktliberale Agenda setzte.

Für Schwellenländer und ab 1989 für das östliche Europa spielte Chile eine wichtige Rolle. Dort veranlasste der Diktator Augusto Pinochet, der unter dem Einfluss von Ökonomen der Chicago School stand, in zwei Schüben eine umfassende Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung. Es ist umstritten, ob der bis zur Asienkrise 1998 anhaltende Aufschwung des lateinamerikanischen Staates eher auf diese neoliberale Schocktherapie oder aber auf die Wirtschaftspolitik der Christ- und Sozialdemokraten zurückzuführen ist, die nach dem Regierungswechsel von 1990 eine Steigerung der Kaufkraft für alle Schichten und ein »soziales Equilibrium« anstrebten.¹⁰ Die internationale Rezeption der chilenischen »success story« wurde dadurch beflügelt, dass Pinochet nach dem verlorenen Referendum über eine weitere Amtszeit von 1989 als Staatspräsident zurücktreten musste. Dadurch entstand die Illusion, neoliberale Reformen führten zu einer Demokratisierung.

Das Pendel, um hiermit zu Polanyi zurückzukehren, schlug somit ab den achtziger Jahren wieder in Richtung Laissez-faire-Kapitalismus aus. Wie Polanyi schon für das 19. Jahrhundert feststellt, war diese Entwicklung mit stark steigenden globalen Waren- und Kapitalströmen verbunden. Durch den Zusammenbruch des Staatssozialismus und Jugoslawiens als prominentem Vertreter eines »Dritten Wegs« erreichte

der Neoliberalismus schließlich in den Jahren 1989-1991 eine weltweite Hegemonie.

Das Schlüsseldokument dieser globalen Zeitenwende ist der Washington Consensus, den im Jahr des Mauerfalls Vertreter internationaler Finanzorganisationen, der Schuldnerländer, des US-Kongresses und hochrangige Wirtschaftsexperten beschlossen. Zunächst für die von hohen Auslandsschulden und Inflation geplagten Länder Lateinamerikas gedacht, entwickelte sich der Konsens zu einer Art Blaupause für die Wirtschaftsreformen im postkommunistischen Europa und anderen Weltregionen. An erster Stelle stand die makroökonomische Stabilisierung – in der Praxis bedeutete das stets eine strikte Austeritätspolitik. Darauf folgte die Triade Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Auch Foreign Direct Investments und damit der globale Finanzkapitalismus kamen bereits vor.

In Europa war Polen das erste Land, das diese Empfehlungen anwendete. Im Herbst 1989 beschloss die postkommunistische Regierung in Warschau ein Bündel radikaler Reformen, die bald nach ihrem Urheber, Finanzminister Leszek Balcerowicz, benannt wurden. Ähnlich wie der Washington Consensus strebte der Balcerowicz-Plan eine breit angelegte Privatisierung und Liberalisierung an. Obwohl klar war, dass die Reformen zu massiven sozialen Einschnitten führen würden, und obwohl sie mit einem Lohnbegrenzungsgesetz flankiert waren, stimmten ein Großteil des linken Flügels der Solidarność und prominente Anhänger der katholischen Soziallehre zu. Daher kann man von einem Warsaw Consensus sprechen, der wie sein Vorbild in zehn Punkte gegliedert bzw. als Dekalog formuliert war.¹¹

Im Sommer 1990 folgte die deutsche »Schocktherapie« (siehe dazu den Essay »Der Preis der Einheit«), auch die zunächst zögerliche Tschechoslowakei sprang unter Finanzmi-

nister Václav Klaus auf den neoliberalen Zug auf. Klaus erfand die sogenannte Coupon-Privatisierung, mit dem Ziel, wie zuvor in Großbritannien (zum Beispiel bei der Privatisierung der British Telecom) ein Volk von Aktionären zu schaffen. Internationale und einheimische Experten übertrugen dieses Modell auf die Russländische Föderation, wo sich allerdings die Oligarchen die Coupons unter die Nägel rissen und den weiteren Verlauf der Privatisierung bestimmten. Die allumfassende Korruption und die kriminellen Machenschaften bei der Privatisierung gingen auf die Schwäche des postsowjetischen Staates zurück. Russland stürzte in eine Depression ab, die das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren erreichte, die Lebenserwartung sank auf das Niveau eines Entwicklungslandes. Die Demokratie konnte sich unter diesen Umständen nicht entwickeln, sie mutierte wie die Wirtschaft zu einer Oligarchie und schließlich unter Putin zu einem autoritären System.

Auch in Polen liefen die Reformen erst einmal alles andere als rund. Das BIP sank 1990 und 1991 viel stärker als erwartet, um insgesamt 18 Prozent und die Industrieproduktion um fast ein Drittel (was indirekt belegt, wie tief die Krise Italiens ab 2009 war, wo die Produktion immerhin um ein Viertel zurückging, mehr dazu im Essay »La Crisi«). Außerdem entstand ein Heer an Arbeitslosen, 1992 waren 2,3 Millionen Polen bzw. 13,5 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung ohne Beschäftigung. Kritiker wie der spätere postkommunistische Finanzminister Grzegorz Kołodko sprachen daher von einem »Schock ohne Therapie« und forderten eine Stärkung der Nachfrage.¹² Dagegen hätten sich die Experten des IWF 1992 einen noch radikaleren Reformkurs gewünscht. Das entsprach der Beobachtung Polanyis über die liberalen Ökonomen des 19. Jahrhunderts, denen die Liberalisierung damals auch nicht weit genug ging.¹³